

Georg Gradnauer (1866-1946)
Freistaat-Gründer und Demokratielehrer

Mike Schmeitzner (Rede 18.11.2022)

Heute am 18. November vor genau 76 Jahren starb der erste gewählte Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Georg Gradnauer, zwei Tage nach seinem 80. Geburtstag in einem Berliner Krankenhaus. Weder seine Frau – sie war schon Jahre vor ihm verstorben – noch seine Kinder und Enkelkinder konnten in seinen letzten Stunden bei ihm sein. Und das hatte mit der jüngsten Geschichte, der NS-Diktatur, zu tun. Er war – wenn man das so pathetisch sagen möchte – Demokrat der ersten Stunde, sozialpolitisch engagiert und jüdischer Herkunft. 1866 in Magdeburg geboren, durfte Gradnauer auf eine bemerkenswerte Entwicklung zurückblicken: Als promovierter Geisteswissenschaftler hatte er zuerst die journalistische Laufbahn eingeschlagen und als leitender Redakteur von Dresdner und Berliner Zeitungen gearbeitet; seit 1898 war er zudem und mit einer Unterbrechung bis 1924 Dresdner Reichstagsabgeordneter, 1918/19 Volksbeauftragter für Justiz und Inneres in Sachsen, 1919/20 Ministerpräsident des Freistaats und 1921 Reichsinnenminister. Danach und bis zum Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1932 vertrat er als sächsischer Gesandter und bevollmächtigter Minister die Belange des Freistaats Sachsen beim Deutschen Reich.

Lange vor 1918 hatte er sich immer wieder in Wort und Schrift für die Einführung einer parlamentarischen Demokratie in Sachsen auf der Basis des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts eingesetzt. Auf Reichsebene warb er für die Durchsetzung der Parlamentarisierung, und damit

für eine Kanzler- und Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag. In seinem 1909 veröffentlichten Buch „Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland“ forderte er, Deutschland zu einem „volkstümlichen freien Gemeinwesen“ auszubauen, in dem „nicht des Königs oberstes Gesetz“ und „einzelne privilegierte Klassen herrschen“, sondern das sich selbst verwaltende Volk.

Das war auch sein Leitbild in der Zeit der Revolution von 1918/19: Für den gemäßigten Sozialdemokraten waren die spontan gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte Institutionen des Übergangs, nicht aber Ersatz- oder Parallel-Parlamente, wie dies weiter linksstehende Politiker sahen. Für ihn machten Arbeiter-Räte viel eher als Betriebsräte Sinn. Radikalen Experimenten – wie der Errichtung einer Räterepublik oder einer kommunistischen Parteiherrschaft wie in Russland – stand er ablehnend gegenüber. In der am 15. November 1918 gebildeten sächsischen Revolutionsregierung agierte er als Volksbeauftragter für Justiz und nach dem Auszug der linkeren USPD als Volksbeauftragter für Inneres. In dieser zweiten Phase hatte er dort den Vorsitz inne. Diese einflussreiche Stellung und seine langjährige parlamentarische Erfahrung im Reichstag prädestinierten ihn schließlich als Kandidaten für das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten.

Dass sich Gradnauer im Frühjahr 1919 als Brückenbauer ins liberale Bürgertum sah und von diesem so betrachtet wurde, hatte auch mit eigenen markanten Positionen zu tun: Im Gegensatz zu größeren Teilen der MSPD – und der USPD sowieso – wollte er im Spätherbst 1918 an der sächsischen Eigenstaatlichkeit nicht rütteln. Gradnauer war ein „selbstbewusster Föderalist“ (Klaus Schönhoven), der einem unitarischen Einheitsstaat gegenüber skeptisch eingestellt war. Im April 1919 warnte er vor einer „Überspannung der Zentralisation“. Ebenso wandte er sich gegen eine überstürzte Sozialisierung der

Wirtschaft. Den ihm vorgelegten Plan zur „Vollsozialisierung“ der sächsischen Wirtschaft und dem damit verbundenen Aufbau einer Planwirtschaft lehnte er strikt ab. Stattdessen setzte er auf den Ausbau der Gemeinwirtschaft. Und er hatte Ende 1918 als prominentester Kopf der sächsischen MSPD auch für die schnellstmögliche Wahl eines deutschen und eines sächsischen Parlaments geworben.

Gradnauer war es auch, der das „vorläufige Grundgesetz für den Freistaat Sachsen“ vom 28. Februar 1919 entscheidend mitgestaltete. Der staatsrechtlich versierte Politiker wollte sogar – neben der Volkskammer und dem Ministerpräsidenten – das Amt eines sächsischen Präsidenten einführen, der das Land nach außen vertreten sollte. Mit dieser Vorstellung konnte er sich allerdings nicht durchsetzen.

In seinen Reden trat Gradnauer zudem als Demokratielehrer des jungen Freistaats auf: Nur sechs Tage nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten definierte er in seiner Regierungserklärung vom 20. März 1919 Grundpositionen, die zum einen aus den Umständen der damaligen Zeit resultierten, die uns zum anderen aber durchaus vertraut erscheinen. So formulierte er etwa in seiner Rede:

„Die Regierung tritt ein für die Erhaltung und Fortführung der durch die Revolution herbeigeführten demokratischen Errungenschaften. Die Kluft, die einst Staat und Volk trennte, ist überbrückt, der Obrigkeitsstaat ist beseitigt, des Volkes Wille ist oberstes Gesetz geworden. Es ist die Aufgabe der Demokratie, die Kräfte und Fähigkeiten aller gleichberechtigten Staatsbürger voll zu entfalten und für den Dienst am Gemeinwohl nutzbar zu machen. Als unvereinbar mit den obersten Grundsätzen der Demokratie erachtet die Regierung jedwede Bestrebungen, die auf die gewaltsame Diktatur einer Minderheit abzielen, von welcher Seite sie auch kommen möge. (Sehr gut! Bravo!)“

Seinem Credo, Diktaturbestrebungen aller Art eine klare Absage zu erteilen, blieb er treu. Das hieß im Frühjahr 1919 vor allem eine von Linksaußen erstrebte Diktatur des Proletariats, egal ob sie als Räte- oder als Parteidiktatur verstanden wurde. Die parlamentarische Demokratie sei – so Gradnauer – keine „bürgerliche Demokratie“, wie bestimmte Zuschreibungen behaupteten, sondern eine „moderne Demokratie“ auf der Basis eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts, in der Kompromisse und Mehrheitsbeschlüsse notwendig seien. Auch dieser Hinweis erscheint uns in der heutigen Zeit mehr als vertraut und berechtigt.

Jedoch stand auf einem anderen Blatt, inwieweit die demokratische Neugründung unter der Bevölkerung wirklich Wurzeln schlagen konnte – angesichts der verheerenden Kriegsfolgen mit Teuerungen, Arbeitslosigkeit und purer Not. Und angesichts der Bedrohungen der Demokratie von Rechtsaußen, die seit Herbst 1919 immer manifester wurden. Die wiederum im versuchten Staatsstreich vom März 1920 – dem Kapp-Lüttwitz-Putsch – mündeten. Gradnauer hat die blutigen Auswirkungen des Putsches hier in Dresden selbst erlebt. Persönlich erschüttert über das zwiespältige bis hochverräterische Verhalten der Militärs trat er – zudem gesundheitlich angeschlagen – vom Amt des sächsischen Regierungschefs zurück. Auch er hatte diesen Militärs zu leichtfertig vertraut und Signale überhört. Dass zu einer Demokratie-Neugründung ein Militär gehört, dass Teil und nicht Gegner dieser Demokratie sein sollte, ist hierzulande als Lektion erst Jahrzehnte später verinnerlicht worden.

Als bestimmend für sein gesamtes politisches Leben sollte sich der Antisemitismus erweisen. Die frühesten antisemitischen Erfahrungen hatte er schon zu Beginn der 1890er Jahren machen müssen; in einer Kleinstadt bei Dresden war er als Jude sogar tätlich angegriffen worden. Als Reichsminister des

Innern – und da schon lange konfessionslos – hatte er sich wiederum offener Hetze in bayerischen Zeitungen zu erwehren. Der sogenannte Volksschriftsteller Ludwig Thoma formulierte es anonym so: „Verkniffene, sächsische Augen, Nase, Kinn hebräisch, noch hebräischer die Riesenohrwascheln. Das schlaue Gesicht eines Fuchses“, mit dem man in fünf Minuten „Handgreiflichkeiten“ habe. Diese perfide Hetze kam übrigens aus der „Mitte der Gesellschaft“, nicht von ihren Rändern. Anfang der 1930er Jahre war es dann tatsächlich der rasant in die Mitte wachsende rechte Rand, die sächsische NSDAP, die in ihrem Organ „Der Freiheitskampf“ Gradnauer mit einer antisemitischen Kampagne zum Rücktritt als Gesandter zwingen wollte. Der Rassenwahn des „Dritten Reichs“ traf seine Familie und ihn, der sich selbst als sächsisch-deutscher Patriot verstand, mit voller Wucht: Seine Söhne flüchteten ins Exil. Sein Haus in Kleinmachnow, wo er mit seiner Frau inzwischen lebte, wurde von den Nationalsozialisten enteignet, er selbst in ein Judenhaus gepfercht. Seine Frau war 1940 an den Folgen der Ausgrenzung und Demütigung frühzeitig verstorben. Im Januar 1944 wurde er schließlich ins KZ Theresienstadt deportiert. Anders als seine Schwester, die dort schon 1943 starb, überlebte er das Lagerghetto gesundheitlich schwer angeschlagen.

Es ist sehr zu begrüßen, dass der erste gewählte Ministerpräsident Sachsens in der sächsischen Staatskanzlei geehrt wird. Es wäre schön, wenn der aufrechte Demokrat und langjährige Dresdner Reichstagsabgeordnete auch im Straßenbild der Stadt geehrt werden könnte. Vielleicht dadurch, dass an seiner früheren Wirkungsstätte, der Sächsischen Staatskanzlei, ein Stück des Königsufers in Gradnauer-Ufer umbenannt wird. Das wäre auch ein sichtbarer Ausdruck dafür, dass die sächsische Geschichte nicht mit der Monarchie an ihr Ende gekommen ist.

